

LVZ 28.12.2007

Delitzscher mischen sich in die Lokalpolitik ein

3400 Unterschriften werden für Bürgerbegehren gesammelt

Delitzsch (ts). Im Herbst bestimmen die neue Struktur der kommunalen Betriebe und der Anteil der Stadt an den Technischen Werken Delitzsch GmbH (TWD) das politische Klima in der Kreishauptstadt. Der Stadtrat macht am 27. September in nichtöffentlicher Sitzung den Weg frei für den Einstieg eines Finanzinvestors in das Geflecht der kommunalen Betriebe. Die Verwaltung informiert, dass sich der H/H-Stadtwerkefonds mit 49,9 Prozent in eine „runderneuerte“ Zukunft in Delitzsch GmbH (ZiD) einkaufen wird, die wiederum als neuer Hauptgesellschafter der TWD an die Stelle der bisherigen Holding Stadtwerke Delitzsch GmbH (SWD) tritt.

Hintergrund des Beschlusses: Das Rathaus hatte TWD-Verluste in Höhe von rund 4,2 Millionen Euro ausgleichen müssen, die im Zusammenhang mit erheblichen Einbußen beim Verkauf des Biomassekraftwerks stehen. Dieses Geld soll nun zeitnah wieder eingespielt werden. Mit dem Einstieg des Finanzinvestors verliert die Stadt aber ihre Mehrheitsanteile an den TWD. Ihr verbleiben lediglich noch 37,5 Prozent.

Fünf Stadträte und zwei Delitzscher Bürger fechten den Beschluss zum Verkauf von TWD-Anteilen an und pochen auf kommunale Mehrheit. Die Gruppe fordert, mindestens 51 Prozent der TWD-Anteile in städtischer Hand zu belassen. Die Rechtsaufsicht im Delitzscher Landratsamt hat gegen den Beschluss jedoch nichts einzuwenden. Daraufhin initiieren Annelise Podladny, Wolfgang Herder und Siegfried Schuh von der Partei Die Linke, die Sozialdemokraten Jörg Bornack und Sven Kasubek sowie Dietmar Mieth und Reinhard Zanker vom Bürgerverein Sauberes Delitzsch ein Bürgerbegehren. Dafür hagelt es Kritik vom CDU-Vorsitzenden Mathias Plath. SPD-Ortschef Theo Arnold antwortet zunächst mit einem offenen Brief, später mit einem Flugblatt, in dem er 17 Jahre Misswirtschaft unter CDU-Oberbürgermeister Heinz Bieniek anprangert.

Während Bürgermeister Gerhard Denef (CDU) eine „echte Krise“ auf die Stadt zukommen sieht, sollte der Veräußerungsbeschluss durch einen Bürgerentscheid rückgängig gemacht werden müssen, sammeln die Initiatoren des Begehrens insgesamt 3400 Unterschriften für ihr Anliegen. Diese geben sie am 11. Dezember im Rathaus ab, wo sie nun auf Rechtmäßigkeit überprüft werden. Gültige 2350 Unterschriften braucht es, um die Durchführung des Bürgerentscheides erzwingen zu können. Die Entscheidung hierüber fällt der Stadtrat am 31. Januar.

Daumen hoch: Mit einem großen Plakat werben die Initiatoren im November auf dem Delitzscher Roßplatz für das Bürgerbegehren. Foto: Manfred Lüttich

